

mit das Volk kann. So  
die Frage nicht  
in Reich nicht  
am grünen  
sein, um nicht  
? Es ist doch  
sie ist selbst  
in wir warten,  
den anderen  
den Wünschen  
sind ich, daß  
zulassung der  
der S. P. D.  
für ganz ver-  
am Dreie, die  
find, als der  
ersperlins be-  
wird dann so  
sie noch nicht  
allen wir alle  
Gesamtheit zu  
sationen! Sie  
dieses für die  
ll es noch er-  
rein zur voll-  
Gefinnungs-  
Arbeiterlinien  
tein. Krübler.

# Nachrichten für Naunhof

## Amtlicher Anzeiger



## Sächs. Landeszeitung

Stadt. Sonntagsblatt

Fernsprecher Nr. 2

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Seifertshain, Sommerfeld, Staudnitz, Threna etc.

Erscheint wöchentlich dreimal: Die Freitag, Donnerstag und Sonnabend, abends 6 Uhr. Bezugspreis vierpfennig. 2 Mk. 40 Pf., monatl. 80 Pf., durch die Post bezogen inkl. der Postgebühren 2 Mk. 60 Pf. Anzeigenpreis: die Leichgelpallene Zeitung 25 Pf., auswärts 30 Pf. Amtlicher Teil 50 Pf. Reklamezeitung 60 Pf. Beilagegebühr pro Tausend 10 Mk. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vorm.

Zeitungsbüro: Schmid, Krieg, Strick, Kugler, Weidner, Schleicher, im Betrieb der Druckerei der Amtlichen Zeitung und Verlag der Zeitung oder Abdruck des Beleges.

Nr. 53.

Donnerstag, den 1. Mai 1919.

30. Jahrgang.

### Polizeistunde.

I. Das Ministerium des Innern hat für den zum allgemeinen Feier-  
tag erklärten 1. Mai 1919 die Polizeistunde für das ganze Land  
bis 1 Uhr nachts verlängert.

II.

Die Bedingung, daß die Beleuchtung der Gas- und Spank-  
wirtschaftsschäume nach 10 Uhr abends nicht mit Gas geschieht, kommt  
in Weißig. Das Geforbot bleibt bestehen.

Grimma, 29. April 1919.

E II 877 a.

Die Amtshauptmannschaft.

### Ausgabe der Lebensmittelkarten

Die Ausgabe der Fleischbezugsausweise und der  
Landesspeckkarten für Magermilch, Quark und  
Käse findet

Tonnabend, den 3. Mai 1919

im Rathaussaal

für die Einwohner Naunhofs statt.

Die Karten werden ausgegeben

von 8 bis 10 Uhr vormittags

für die Einwohner der Badergasse, Bahnhofstraße, Bis-  
marckstraße, Göthestraße, Großsteinberger Straße, Kaiser-  
Wilhelm-Straße, Klingaer Straße, Lutherstraße, Markt,  
Melanchthonstraße, Molkereistraße, Mühlgasse,

von 10 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags

für die Einwohner der Gartenstraße, Lange Straße, Nord-  
straße, Oststraße, Parthenstraße, Schillerstraße, Schloß-  
straße, Schulstraße, Wiesenstraße,

von 12 Uhr mittags bis 2 Uhr nachmittags

für die Einwohner der Brandiser Straße, Breite Straße,  
Grimmauer Straße, Hainstraße, König-Albert-Straße,  
Körnerstraße, Kurze Straße, Leipziger Straße, Waldstraße,  
Wasserwerk I und II, Weißstraße, Wurzener Straße,  
selbstständiger Gutsbezirk Staatsforstrevier Naunhof.

Die Haushaltungsvorstände werden aufgefordert,  
entweder selbst oder durch zuverlässige Personen, die  
Auskunft über die zur Haushaltung gehörigen Personen  
geben können, die Karten an der genannten Stelle  
zu entnehmen.

Bisherige oder nachträgliche Abholung kann  
nicht stattfinden.

Naunhof, am 29. April 1919.

Der Bürgermeister. Der Arbeiterrat.

Willer.

Thiemann.

### Zählung der gewerblichen Arbeiter.

Am 2. Mai 1919 ist eine Zählung der gewerblichen Ar-  
beiter vorzunehmen.

Die in Betracht kommenden Betriebsunternehmer haben  
die ihnen zugehörenden Vordrücke gehörig auszufüllen und bis  
längstens den 5. Mai 1919 im Meldeamtzimmer des Rathauses hier einzureichen.

Naunhof, am 29. April 1919.

Der Bürgermeister. Der Arbeiterrat.

Willer.

Thiemann.

### Schlafdecken.

Das Reichsverwaltungsamt hat die Lieferung von gerei-  
ngten und wiederhergestellten Vogerdecken (Schlafdecken) in  
Aussicht gestellt. Der Preis beträgt voraussichtlich 13 Mk.  
für das Stück.

Bestellungen hierauf werden bis Sonnabend, den 3. d. M.  
im Rathaus, Meldeamtzimmer entgegenommen.

Naunhof, am 30. April 1919.

Der Bürgermeister. Der Arbeiterrat.

Willer.

Thiemann.

Die als verloren gemeldete auf den Namen des Herrn  
Hofmeister Sinz laufende Gemeindelebensmittelkarte C Nr.  
125 wird hiermit für ungültig erklärt.

Jede widerrechtliche Benutzung dieser Karte wird bestraft.

Naunhof, am 30. April 1919.

Der Bürgermeister. Der Arbeiterrat.

Willer.

Thiemann.

**Naunhofer Jahrmarkt**  
Sonntag, den 4. und Montag, den 5. Mai 1919.

### Was wir brauchen.

Während die Regisseure der Entente sich anschicken,  
den Vorhang vor den Gedanken ihrer Vier- und Sech-  
männerrede langsam emporzuladen, zeigt sich das deutsche  
Volk allerorten im Lande, um seinen Unterhändlern für  
die schweren Tage, denen sie entgegenstehen, den Rücken  
zu stärken. In Magdeburg, in Bromberg haben auch  
diesen Sonntag wieder gewaltige Massenversammlungen  
unter Beteiligung aller Parteien gegen die Summutung  
eines Gewaltfriedens Einspruch erhoben, und auch die  
Reichshauptstadt Berlin hat sich wieder einmal sehr  
temperamentvoll zur Frage des Tages vernehmen lassen.  
Hier war es der preußische Minister des Innern, Herr  
Wolfgang Heine, der in einer vom Reichsverband Ost-  
schlesien veranstalteten Versammlung folgten den Ton an-  
 gab — und wie er das tat, wie er die Forderungen  
unserer nationalen Würde mit der ehrlichen Sehnsucht  
nach Frieden zu verbinden wußte, das sicherte diesem  
glänzenden Redner, bei allem Widerdruck im eingeladenen  
einen Gesamterfolg, von dem man nur wünschen kann, daß  
er der großen Sache, für die der Minister sich hier vor  
der Öffentlichkeit einsetzte, auch über den Augenblick hinaus  
ausgehen möchte.

Natürlich geht Herr Heine von der Annahme aus,  
daß in Versailles verhandelt werden soll. Ein Diktat-  
friede kommt für unsere Bevölkerung nicht in Frage. Sie werden nicht um  
Gnade bitteln, denn wenn wir auch gejagte Männer  
sind, so wollen wir uns doch nicht bezeugen wie ver-  
prügelte Kinder. Deshalb soll man uns auch nicht au-  
muten, daß wir uns demütigen müssten, weil wir die  
Schuld am Kriege tragen. Die ganze Welt hat sich in  
diese Schuld zu teilen, und es wäre ebenso ein Selschen  
von Schwäche wie von Unehrlichkeit, wenn wir uns jetzt  
auf eine ausschließlich gegen Deutschland gerichtete Schuld-  
unterludung einzuladen. Da die Zukunft müssen wir heute  
schauen und fragen, wie wir aus dem Unheil heraus-  
kommen, in das mit uns die ganze Kulturstufe geraten ist.  
Die Reckholder der Entente sind reichlich von Nachgiebigkeit,  
Eitelkeit und Lüge wie nur je Nachhaber eines Schläges es  
waren — aber appellieren wir an die Völker, so dürfen wir  
uns auch keiner Illusionen hingeben: Vernunft und Ge-  
redigkeit kommen in den Einstellungen der Massen leider  
auch gewöhnlich zu kurz. Uns bleibt nur die Hoffnung  
auf die Zukunft der Welt und die Weltgeschichte. Die  
Gegenwart hat uns von dem Widerstreit nationaler Inter-  
essen und Empfindungen nicht zu erlösen vermögt, nicht  
im Osten, wo wir zugunsten der Russen vergewaltigt  
werden sollen, nicht im Westen, wo die Franzosen sich  
Elsass-Lothringens bemächtigt haben und es dem so-  
genannten Mutterlande dauernd einverleiben wollen, ohne  
die Bevölkerung zuvor um ihren Willen zu befragen.  
Überall wird gegen uns das nationale Prinzip aus-  
gespielt, aber über unsere Proteste gegen die Verbreitung  
von Völkern und Westpreußen, gegen den Raub des Saar-  
gebietes will man zur Lageordnung übergehen. Herr  
Heine bekommt sich an dem Grundsatz, daß in unserem  
Osten die deutsche Arbeit die Grenze zu bestimmten  
habe, nicht alte Dokumente von vor hundert oder gar fünfhundert Jahren.  
Die Franzosen bilden sich ein, daß noch ein  
Millionenheer bei uns bereitsteht, um über sie herzu-  
fallen. Leider Gotts ist das nicht so, fügte der sozial-  
demokratische Minister hinzu, ein Rageruf, der von seinen  
Bühdern gebührend unterstrichen wurde. Aber je dring-  
licher man uns vergewaltigen wird, desto eher werden wir unsere  
Kräfte wieder zusammenrufen. Die Vorbedingung für  
eine neue nationale Erhebung ist allerdings, daß wir  
anders leben und arbeiten müssen wie in den letzten  
Monaten. Alle müssen wir ohne Unterschied der  
Parteien einmütig handeln zusammenleben. Wer ver-  
langt, daß wir unsere Freiwilligenverbände aufstellen, wer  
ihre Angehörigen bestötzen, der begeht Landeskrieg.  
Wir brauchen Einmütigkeit, um die Interessen des  
deutschen Volkes gegen eine Welt von Feinden zu ver-  
teidigen, um Freiheit, Einigkeit, Arbeit und nationale Un-  
versehrtheit für Deutschland sicherzustellen.

Wir brauchen Einmütigkeit — in diesem einen Wort  
und Begriff ist in der Tat alles zusammengefaßt, was  
uns jetzt notut, da wir den schwersten Tagen unserer Ge-  
schichte entgegenstehen. Es tut wohl, eine solche Mahnung  
aus sozialdemokratischem Munde zu hören, denn sie ver-  
pflichtet den Mann, der sie aussprach, wie die Partei,  
die hinter ihm steht, Verpflichtet uns alle zur Zurück-  
stellung dessen, was den Unfreien im Volke schaden könnte,  
zur Auslösung unserer ganzen Kraft ausschließlich im  
Interesse der Wiederaufrichtung des Landes. So traurig  
es ist, daß jetzt bei uns im Innern Krieg geführt werden  
muß, um irregelmäßige Städte zur Vernunft zurückzuführen,  
so sehr müssen wir wünschen, daß diesen beschämenden Bu-  
ßständen so rasch wie möglich ein Ende gemacht wird, damit  
unsere Freunde nicht glauben, daß sie über uns ungestraft  
herfallen können, wenn es sie etwa wirklich gefüllt sollte,  
über Dongzig eine politische Herrschaft zu etablieren. Wir  
dürfen jetzt nur einen Gedanken haben: die Rettung der  
Heimat vor Knechtschaft und Sklaverei. Die Einmütigkeit  
des ganzen Volkes wird diese äußerste Schwäche von uns  
abwenden können. Dr. Sy.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

+ Verlegung des Friedenausschusses nach Weimar.  
Der Friedenausschuss der Nationalversammlung, der in  
diesen Tagen in Berlin zusammentrefft, wird in kurzem  
angehoben der Notwendigkeit, mit den Fraktionen der  
Nationalversammlung sowie während der Tagung  
des Plenums in Weimar tagenden Regierung, in ständiger  
Führung zu bleiben, seine Verhandlungen nach Weimar  
verlegen.

+ Das Schleswig-Holstein ist weiter  
Gegenstand der Beratungen im preußischen Ministerium;  
daß keinen Standpunkt dahin festgelegt, daß die Regie-  
rung es sich angelegen sein lasse, für eine starke Vertretung  
der Interessen des Landes Schleswig-Holstein bei den  
Friedensverhandlungen zu sorgen. In innerpolitischer  
Hinsicht weiß sie, daß Schleswig-Holstein durch den Lauf  
seiner Geschichte, durch die Besonderheit seiner geogra-  
phischen Lage und die Eigenart seiner treuen, zähen und  
furchtigen Bevölkerung Aufgaben stellt, in deren Lösung sie  
eines ihrer vornehmsten Ziele erfüllt. Die Eigenart von  
Land und Bevölkerung, wie sie sich insbesondere in deren  
altem Reichsstaat darstellt, ist einer weitgehenden  
Schönung und Verfälschung gewiz, wobei die Regie-  
rung den Rat und die Mitwirkung der Selbstverwaltungs-  
körper der Provinz in Anspruch nehmen wird.

+ Brutale Behandlung unserer Kriegsgefangenen in  
Frankreich. Ganz raffiniert grausam werden die deutschen  
Kriegsgefangenen in dem französischen Lager Beaumont  
bei Verdun behandelt. Die Verbüßung besteht aus Bro-  
und Suppe. Sämtliche Kriegsgefangene sind daher stark  
abgemagert und geschwächt. Die Kriegsgefangenen sind  
in zwei Abteilungen geteilt. Die erste besteht aus Offi-  
ziellen und höheren Unteroffizieren, sie wird mit Auf-  
räumungsarbeiten beschäftigt. Die zweite Abteilung, be-  
stehend aus Mannschaften, wird zum Aufladen und zum  
Transport von Blindgängern verwendet, wobei täglich  
mehrere von ihnen getötet oder verletzt werden. Die  
Mannschaften werden oft mit der Peitsche geschlagen. Für  
die Art ihrer Behandlung ist bezeichnend, daß der Unter-  
offizier Bäuerle, Infanterie-Regiment Nr. 162, dem fran-  
zösischen Unteroffizier Ferro 14 Tage lang bei jedem  
Appell die Hand fassen mußte; auch andere Kriegs-  
gefangene sind hierzu gezwungen worden. Die deutsche  
Regierung hat bei der französischen Regierung den härtesten  
Protest gegen die Zustände in Beaumont eingelegt und  
sofortige durchgreifende Abhilfe gefordert.

+ Die Aufhebung der schwarzen Listen wird nunmehr  
amtlich durch folgende Note der britischen Mission in  
Spa bekräftigt: „Ich bin beauftragt, Ihnen mitzutellen,  
daß die alliierten und assizierten Regierungen beschlossen  
haben, nach Mitternacht des 28. zum 29. April alle  
Schwarzen Listen von Firmen und Personen, die sie ver-  
öffentlicht oder zusammengestellt haben, zurückzugeben und  
alle Verbote (Disabilities) in Bezug auf Handel und Handels-  
verbindungen mit Firmen der Bevölkerung solcher Listen  
auch Kraft treten zu lassen. Die alliierten und assizierten  
Regierungen behalten sich das Recht vor, alle oder einige  
solcher Schwarzen Listen wieder einzuführen, falls sich  
dies als notwendig ergeben sollte.“ — Es soll nicht uner-  
wähnt bleiben, daß dieser Beschluß, wie einwandfrei fest-  
steht, auf ausdrücklichen Antrag der englischen Regierung  
gestellt worden ist.

+ Die Nationalversammlung in Erwartung  
der Friedensbedingungen. Weimar, 29. April. Die  
meisten Mitglieder der Nationalversammlung waren von den  
Österreitern bereits am gestrigen Tage wieder in Weimar ein.  
Die Fraktionen bleiben auch in den nächsten Tagen zusammen,  
da man bereits Mitte bzw. Ende dieser Woche eine endgültige  
Älärung der Mission der deutschen Friedensdelegation in Ver-  
sailles erwartet.

+ Der Wiederaufzammentritt der Nationalver-  
sammlung. Weimar, 29. April. Die nächste Plenar-  
sitzung der Nationalversammlung findet in Weimar statt, und  
zwar am Dienstag, den 6. Mai, nachmittags 3 Uhr. Auf der  
Tagesordnung steht die Unterstellung über die Beamtenfragen.

+ Die Auflage gegen Wilhelm II. Paris,  
29. April. Amtlich wird bekanntgegeben: Die Alliierten ver-  
fehlen den ehemaligen Kaiser Wilhelm II. in den öffentlichen An-  
klagezustand, und zwar nicht wegen Verbrechen, die in den  
Strafgesetzen ausgeführt sind, sondern wegen „höchster Nicht-  
achtung der internationalen Sittengesetze und der geheiligten  
Rechte“. Zur Aburteilung des Angeklagten wird ein beson-  
derer Gerichtshof eingesetzt werden, wobei ihm die hauptsäch-  
lichsten Garantien des Verleidungsrechtes zugestellt werden.  
Dieser Gerichtshof setzt sich zusammen aus fünf von den Ver-  
einigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien und  
Spanien zu ernennenden Richtern. Er wird auch die nach seiner  
Ansicht zur Anwendung kommenden Strafen selbstständig  
festsetzen.